

Die Strategie der Drogenlegalisierer

Diethelm Raff, 1997

Sehr geehrte Damen und Herren

Heute möchte ich Ihnen in der gebotenen Kürze einige Hinweise dafür geben, mit welchen Mitteln ein kleiner Kreis von international vernetzten Personen die Legalisierung von Drogen vorerst in der Schweiz aber auch auf internationaler Ebene systematisch vorangetrieben hat.

1) Ideologische Hintergründe der Entwicklung im Drogenbereich

Wenn man die Entwicklung des Drogenproblems verstehen will, muss man sie in den Zusammenhang mit den Konzepten der "kulturellen Attacke" und der Erringung der "kulturellen Hegemonie" einordnen. Diese Konzepte von Michel Foucault und Antonio Gramsci wurden Ende der 70er Jahre, Anfang der 80er Jahre in der autoritären Linken breit rezipiert und führten zu einem eigentlichen Paradigmawechsel innerhalb der orthodoxen Linken in vielen Bereichen zum Beispiel Drogen, Bildung, Aufklärung, Rationalität. Ziel der neuen Politik ist die Zerstörung des Subjekts, das als Opfer der repressiven Gesellschaft angesehen wird sowie die Aufhebung aller Normen. Zentral dabei ist die Verbreitung des Drogenkonsums durch die Aufhebung des Drogenverbots und die Organisation aller Nicht-Normalen. Damit verbunden war die Auflösung der linksradikalen Parteien. Solche Organisationen werden Sie bei der Drogenlegalisierungslobby immer wiederfinden. Zu dieser Strategie gehört eine rollende Planung, das bedeutet, dass jeweils genau analysiert wird, welcher Weg wann erfolgreich ist und das weitere Vorgehen genau darauf abgestimmt wird.

2) Finanzielle Hintergründe

Die autoritäre Linke verfolgt damit die gleichen Ziele wie das Organisierte Verbrechen, das an einer Ausdehnung des Drogenhandels unter illegalen oder legalen Bedingungen interessiert ist. Das zeigt sich nicht nur in der direkten Zusammenarbeit von (linken?) Terrorgruppen mit der Mafia wie in Kurdistan, Peru, Kolumbien. Der damalige Kokainchef Escobar bot 1990 der kolumbianischen Regierung an, bei einer Legalisierung der Drogen 30 Milliarden Dollar zu zahlen. Auch in der Schweiz scheint ein Teil der staatstragenden Partei FDP finanziell verpflichtet oder eingespannt, was ein gefährliches Zusammenspiel von Marxisten mit dem grossen Kapital ergibt. Die NZZ als Zeitung des grossen Kapitals unterstützt die Legalisierung von Drogen vehement. Angesichts nicht ausreichender Belege kann auf diesen Hintergrund nicht näher eingegangen werden.

3) Ziel aller Massnahmen ist die Legalisierung aller Drogen

Wie aus den kurzen Darstellungen sichtbar wird, ist das Ziel aller Massnahmen im Drogenbereich die Legalisierung aller Drogen, was von vielen noch nicht gesehen wird. Einer der Schlüsselfiguren der international tätigen Drogenlobby ist die langjährige Sozialstadträtin Zürichs, Frau Lieberherr, die dies nicht erst 1994, sondern ganz "öffentlich auch schon 1989 forderte. Alle getroffenen Massnahmen im Drogenbereich, die mit Schalmeientönen und Gesetzesbruch durchgesetzt wurden, muss man als Salamtaktik auf dem Weg zur Akzeptanz von Rauschgiften in unserer Gesellschaft erkennen. Dass eine hochdifferenzierte Kultur mit Drogen nicht leben kann, wissen sie genau: Gerade deshalb sind die Drogen ein so gutes Kampfmittel gegen die verhasste Gesellschaft. Viele

bürgerliche Politiker können sich diese Kaltblütigkeit kaum vorstellen und bemerken deshalb nicht, wie sie selbst mit bestem Gewissen an dieser Zerstörung teilnehmen. Es lohnt sich deshalb, Foucault genau zu lesen und die unglaubliche Menschenfeindlichkeit dieses militanten Homosexuellen ernst zu nehmen.

4) Im folgenden eine stichwortartige Darstellung der Organisierung der Drogenlobby

a) Gezielte Beeinflussung einzelner Personen:

1980 wurden in Zürich von den Alt-68ern Jugendunruhen organisiert. Im damaligen autonomen Jugendzentrum richteten sie den ersten Fixerraum ein und gaben Heroin ab, wodurch die Drogenszene massiv ausgeweitet wurde.

In diesem Jahr entstand der Drogenchartarat in Zürich, der die Akzeptanz der Rauschgifte ideologisch und personell durchsetzen sollte. Mit der Parole, den Kontakt zur Jugend zu suchen, sich auch selbst einmal in Frage zu stellen, wurden aus fast allen Parteien Politiker zusammengeführt, die als Drogenexperten der jeweiligen Parteien ausgebildet wurden. Durch gezielte Beeinflussung und gruppenspezifischer Methoden wurden sie auf Legalisierungskurs eingespurt, was andernorts kopiert wurde. Unter anderem bringen sie eine Person mit einer anderen Meinung durch manipulierte Zusammenstellung der Teilnehmerrunde in eine Aussenseiterposition, mit dem Wissen, dass sich der Mensch dann den anderen in seiner Meinung annähert. Besonders wirksam ist diese Methode, wenn scheinbar neutrale Experten aus verschiedenen Bereichen beteiligt sind, mit kleinen Unterschieden in ihren Meinungen eine Diskussion vortäuschen und das Opfer nicht weiss, dass sie aus dem gleichen Lager kommen. Insbesondere über Frauen, beeinflusste der Drogenchartarat die bürgerlichen Parteien und die Parlamente.

Die autoritäre Linke hat 1983 vorgeführt, worin eine linke Drogenpolitik besteht. Sie wird in der Schweiz heute praktiziert.

b) Staatlich finanzierte, private Organisationen als Vorreiter

Private, aus Imagegründen besonders gerne kirchliche Organisationen, die von den Parlamenten schlechter zu kontrollieren sind, waren Vorreiter der akzeptierenden Drogenpolitik. Sie werden mit der Zeit durch staatliche Organisationen ersetzt. Diese beschäftigten seit 1982 immer mehr Gassenarbeiter, die sich als Lobby der Süchtigen gegen die Ansprüche der Gesellschaft verstehen und die Drogenszene organisierten. Unter massivem Mediendruck und unter dem Einfluss der linksradikalen Ärzte, allen voran dem ehemaligen LSD-Konsumenten Andre Seidenberg, wurde 1986 die Spritzenabgabe durchgedrückt sowie 1987 die erleichterte Abgabe von Methadon, mit dem Argument, damit die Drogenszene verhindern zu können. Tatsache ist, dass heute, 7 Jahre später, über 11 000 Personen in der Schweiz Methadon erhalten, fast alle weiterhin andere Rauschgifte konsumieren und damit nur die Polytoxikomanie unterstützt worden ist. Mit der erleichterten Methadonabgabe verschlechterte sich die Bereitschaft der Süchtigen, eine Therapie zu beginnen. Seit 1987 bauten solche Organisationen den Platzspitz mit Hilfe von Zelten, Baracken, Spritzenabgabe, Essens- und Kleiderverteilung auf und experimentierten damit, wie weit die Politiker die Verletzung der Gesetze zuließen.

c) Eingeführte Organisationen werden unterwandert

1986 änderte der Verein Schweizerischer Drogenfachleute seinen Zweckartikel. Die Mitglieder mussten sich für eine Legalisierung einsetzen, damals nannten sie es noch Entkriminalisierung. Genauso wurde die Elternorganisation von Drogenabhängigen verändert.

d) Medien als Manipulatoren

1985 veröffentlichte die ehemals renommierte NZZ einen Artikel von einem Mitglied des Drogenchartarates, der dem Raster linker Drogenpolitik entsprach und bestimmte damit die Linie der grössten Partei der Schweiz, der bürgerlichen FDP und ermöglichte es, in Zürich die sogenannten Hilfsstrukturen aufzubauen.

d) Vorbehalte der Bevölkerung werden unterlaufen

1988 wurden in Zürich ganz offiziell verschiedene Hilfsangebote durchgesetzt, die keine Anforderungen mehr an die Süchtigen stellte, sondern deren Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellten, wie es das Raster einer linken Drogenpolitik entspricht. Anlaufstellen wurden in Bussen untergebracht, um den Widerstand zu verringern. Später wurden diese in feste Stellen übernommen.

e) Angriff nach der Stationierung der Truppen

Die Strategen waren 1988 so stark verankert, dass sie an die Öffentlichkeit traten.

1988: Ein Haschischverein wurde gegründet, mit dem Exponenten Thomas Kessler, Grüne Partei, der heute Drogendelegierter in Basel ist, und von dort die erfolgreiche Basler Politik in Deutschland verbreitet, zum Beispiel bei der Polizei in Baden Württemberg.

International gesehen entsteht das European Movement for the Normalization of Drugs, das europaweit eine Koordinationsfunktion übernimmt und das Liverpools Modell propagiert, ohne dass belegbare Erfolge der 100 staatlich geförderten Heroinkonsumenten vorhanden sind.

1988/1989 lancieren die privaten Institutionen einen Vorstoss zur Durchsetzung der Heroinabgabe, die SP doppelt nach, Frau Lieberherr schliesst sich an, die Medien unterstützen die Kampagne, in der beliebtesten Jugendsendung wird für Haschischkonsum geworben.

Die gesamten linken Gruppierungen werden in Zürich auf die Drogenlegalisierung eingeschworen. Es wird ein Verbund zwischen Schriftstellern, linksradikalen Parteien, Homosexuellen, Feministinnen, Antirassisten, Hausbesetzer usw. hergestellt. Der Name dafür hiess Gassa Nostra, ein deutlicher Zusammenhang im Namen zur Cosa Nostra, der Mafia.

Im gleichen Monat findet die internationale Vernetzung der Drogenlobby statt. Sie gründen mit Hilfe der Radikalen Partei, die sich als 5. Internationale sieht, die Internationale Liga gegen Drogenprohibition in Rom. Die Gründungsmitglieder bauen in ihren Ländern jeweils eigene Organisationen auf. Aus Deutschland kam Bernd Georg Thamm, der regelmässig im Polizeiverlag veröffentlicht und den akzept e.V. aus der Taufe hob, der Chefredaktor vom linksliberalen El Pais, Spanien, der Chefredaktor vom Economist, Nick Harman sowie Marco Taradash, der im Europaparlament für die italienischen Grünen sitzt und dort vor kurzem beinahe die Drogenlegalisierung durchgesetzt hat. Sie wollen die UNO-Konventionen bekämpfen. Sie streben eine Legalisierung auch des Drogenhandels an ähnlich wie Tabak und Kaffee.

1990 wurde die Schweizer Sektion der Liga gegründet, unter anderem von Stefan Trechsel, der die Menschenrechtskommission des Europäischen Gerichtshofes präsidiert.

Ende dieses Jahres baute E. Lieberherr mit ihren Gesinnungsfreunden aus Hamburg, Frankfurt und Amsterdam eine rot-grüne Städtervereinigung auf, die die Länderregierungen zu einer Drogenlegalisierung zwingen sollten, eine Vereinigung, die wiederum eng mit der Radikalen Partei zusammenarbeitete.

f) Aufrüstung in der Sprache

Die bisherige Drogenpolitik wird als repressiv, als Drogenkrieg, die Drogentoten als Produkt der Polizei und der Gesellschaft hingestellt.

g) Die Drogenprävention wird zur Indoktrinationsanstalt

Man soll den Umgang mit Drogen lernen, soll Rauschgifte nicht verbieten, sondern mehr miteinander reden, statt von Drogen wird von Sucht geredet, in dieser Gesellschaft hätte jeder seine Sucht, damit ist Heroin dasselbe wie Zigaretten, Kaffeetrinken, viel Arbeiten, Vereine besuchen usw. Um etwas zu verändern muss unter dem Titel allgemeine Gesundheitsförderung sollen die gesellschaftlichen Strukturen verändert werden. Dafür werden in Zürich 10 Personen beschäftigt, die im ganzen deutschsprachigen Raum ihr Indoktrinationskonzept verbreiten

g) Widerrechtliche Einführung von Fixerräumen

Fixerräume wurden durch ein Gutachten eines Mitgliedes der Internationalen Liga als rechtens hingestellt. Ab 1990 wurde in Zürich das Fixen in den Anlaufstellen geduldet. Viele bürgerlichen Parlamentarier liessen sich von sogenannten Parteifreunden von den Vorteilen eines Fixerraumes überzeugen. Zudem hatten sie Angst, von den Medien als rückschrittlich hingestellt zu werden. Das Volk stimmte trotzdem mit 2/3 gegen die Fixerräume. Frau Lieberherr liess nur ein Monat später das Fixen in den Anlaufstellen zu.

h) Offene Drogenszene als Mittel zur Bewusstseinsänderung

Die offene Drogenszene diente dazu, die Menschen für die Akzeptanz der Drogen in unserer Gesellschaft bereit zu machen. Sie sollten den Menschen deutlich machen, in was für einer Gesellschaft wir leben, die wurde erst dann geschlossen, als sich die Gemeinden bereit erklärt hatten, selbst Massnahmen zu ergreifen, die den Drogenkonsum akzeptierte. Zürich schob ihnen die Verantwortung zu. Ein Pfarrer bereitete in den Orten den Boden, indem er private Vereine initiierte, die Notschlafstellen und Tagesstrukturen mit Freiwilligen einrichtete. Nach der Schliessung des Platzspitzes wurden auch offizielle Fixerräume vom Parlament hingenommen und der Volksentscheid umgangen.

Systematisch wurde von Gassenarbeitern und Politikern eine neue offene Drogenszene geschaffen. Sie sollte die Bevölkerung für die Heroinabgabe bereitmachen und die Drogenverbreitungsmassnahmen in weitere Kantone ausdehnen. Mit der Schliessung des Letten im Februar hat nicht etwa eine Veränderung der Strategie stattgefunden.

Um dieser Strategie etwas entgegenzusetzen, haben viele Persönlichkeiten in der Schweiz die Volksinitiative "Jugend ohne Drogen" ins Leben gerufen. Von den grösseren Parteien hatte keine den Mut, gegen die veröffentlichte Meinung anzutreten. Wir hatten grosse Unterstützung von der Bevölkerung. 140 000 Unterschriften innerhalb von 6 Monaten, was den Prozess der Drogenlegalisierung etwas aufhielt. Die Legalisierungslobby versuchte, diese Initiative zu

diffamieren. Mit der Radikalfeministin Bundesrätin Dreifuss versucht die Drogenlobby ihren Weg unter dem Titel Dritter Weg zwischen totaler Legalisierung und Repression positiv darzustellen. Sie legen das Schwergewicht auf die Akzeptanz der Drogen und die sogenannte Überlebenshilfe mit Heroinabgabe.

Das Ergebnis dieser Politik sehen wir. Die Drogentoten steigen, darunter nur die direkt an Drogen Gestorbene. 250 Aidstote wegen Drogenkonsum und die an den Folgen Sterbenden sind nicht enthalten, die Drogen

Der rasche Erfolg dieser kulturellen Attacke hängt einerseits mit dem Marsch durch die Institutionen zusammen, insbesondere dem grossen Einfluss der autoritären Linken in den Medien, im kulturellen Sektor und im Bildungssektor. Im Drogenbereich finden wir zusätzlich eine Verquickung linksradikaler Terrororganisationen mit dem organisierten Verbrechen, das ein Interesse an der Legalisierung von Rauschgiften hat. Die Zusammenarbeit ist in Kolumbien, Peru, in Kurdistan bekannt. Interessanterweise finden wir auch einen Konsens von Teilen der Finanzwelt und linken Agitatoren. Die jetzige Bundesanwältin Carla del Ponte, die eng mit dem erfolgreichen Mafiabekämpfer Falcone zusammenarbeitete, wies darauf hin, dass das organisierte Verbrechen ein Interesse an der Legalisierung von Drogen in der Schweiz hätte, weil damit das Drogengeld leicht reingewaschen werden könnte. Die NZZ als ehemals renommierte Zeitung hat sich schon 1989 entschieden, nur noch Artikel für eine Legalisierung zu veröffentlichen, was den Einbruch in das bürgerliche Lager mit sich gebracht hat.